

Gemeinsamer Appell für mehr Respekt

Von Viola ter Horst

NOTTULN. Mit einer gemeinsamen Erklärung haben sich die Ratsfrauen und Ratsherren von CDU, SPD, Grünen und FDP in der jüngsten Sitzung an die Öffentlichkeit gewandt. Alle also bis auf die UBG, der der Text nicht weit genug ging.

Anlass für die Erklärung sind zunehmend schärfer geführte Debatten – auch in Leserbriefen – rund um politische Themen wie zum Beispiel Windkraft.

Die Unterzeichner betonen, dass unterschiedliche Meinungen zur Demokratie gehören und auch im Nottulner Rat kontrovers diskutiert wird. Man achte dabei auf einen respektvollen Umgang. In jüngster Zeit beobachte man jedoch, dass Bürgermeister, Ratsmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter und auch politisch aktive Bürger vermehrt persönlich angegriffen würden. Kritik sei wichtig und ausdrücklich erwünscht. „Aber wenn Kritik verletzend wird oder sich gegen Personen statt gegen Inhalte richtet, wird eine Grenze überschritten“, heißt es in dem Statement.

Entscheidungen treffe der Rat nach Beratung in den Ausschüssen und mit Mehrheitsbeschluss der fünf Fraktionen. Der Bürgermeister habe dabei eine Stimme wie jedes andere Ratsmitglied. Verantwortung trügen alle gemeinsam, nicht eine einzelne Person. Jede Bürgerin und jeder Bürger könne sich

zudem politisch einbringen. „Am Ende geht es immer darum, die beste Lösung für unsere Gemeinde zu finden. Dabei achten wir auf einen respektvollen und fairen Umgang miteinander“, trug CDU-Fraktionsvorsitzende Andrea Quadt-Hallmann aus dem Statement vor. Man stehe für Dialog bereit und erkläre gern, warum bestimmte Prioritäten gesetzt wurden. „Wer Fragen zu Entscheidungen hat, kann sich jederzeit an den Bürgermeister, die Verwaltung oder die Ratsmitglieder wenden“, heißt es weiter in dem Statement.

Ein rauer Ton schrecke Menschen ab, sich politisch zu engagieren. Meinungen seien keine Fakten, auch wenn sie häufig wiederholt würden.

Die UBG schloss sich der

Erklärung nicht an. „Uns zeigt dieser Text zu wenig Selbstkritik“, sagt Fraktionschef Jan Van de Vyle gegenüber unserer Zeitung. In der Fraktion habe man darüber gesprochen, und man gehe insofern mit, dass in der Debatte teils deutlich über die Stränge geschlagen worden sei. „Wir teilen die Ansicht, dass das teilweise zu heftig geworden ist.“ Zugleich müsse sich die Lokalpolitik aber selbst fragen, warum es so weit gekommen sei. „Die Kritik geht uns nicht weit genug, deswegen können wir uns mit dem Text nicht wirklich anfreunden“, so Van de Vyle. Er frage sich, wie und warum die Aufregtheit bei Bürgern entstanden sei und wie sich bei schwierigen kommunalpolitischen Themen mehr Transparenz schaffen lasse.



Geben in der Ratssitzung stellvertretend eine gemeinsame Erklärung ab: Die Ratsvertreter Andrea Quadt-Hallmann (CDU), die die Erklärung vorträgt, Dr. Susanne Diekmann (Grüne; r.), Wilhelm Beckmann (SPD, 2.v.r.) Helmut Walter (FDP, l.), Bürgermeister Dr. Dietmar Thönnies und Dezentrent Stefan Kohaus am Verwaltungstisch hören zu.